

# Die Berliner Universität in der NS-Zeit

## Band II: Fachbereiche und Fakultäten

herausgegeben von  
Rüdiger vom Bruch  
unter Mitarbeit von  
Rebecca Schaarschmidt



Geschichte

**Franz Steiner Verlag**

Die Berliner Universität in der NS-Zeit  
Band II: Fachbereiche und Fakultäten

# **Die Berliner Universität in der NS-Zeit**

hrsg. von Rüdiger vom Bruch und Christoph Jahr  
im Auftrag der Senatskommission  
„Die Berliner Universität und die NS-Zeit.  
Erinnerung, Verantwortung, Gedenken“

unter Mitarbeit von  
Rebecca Schaarschmidt

# **Die Berliner Universität in der NS-Zeit**

## **Band II: Fachbereiche und Fakultäten**

herausgegeben von  
Rüdiger vom Bruch

unter Mitarbeit von  
Rebecca Schaarschmidt



Franz Steiner Verlag 2005

*Gedruckt mit freundlicher Unterstützung der  
Humboldt-Universitäts-Gesellschaft*

*Umschlagabbildung:* Bildarchiv Preußischer  
Kulturbesitz

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek  
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation  
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte  
bibliografische Daten sind im Internet über  
<<http://dnb.ddb.de>> abrufbar.

ISBN 3-515-08658-7



ISO 9706

Jede Verwertung des Werkes außerhalb der  
Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig  
und strafbar. Dies gilt insbesondere für Übersetzung,  
Nachdruck, Mikroverfilmung oder vergleichbare  
Verfahren sowie für die Speicherung in Datenver-  
arbeitungsanlagen. © 2005 by Franz Steiner Verlag  
Wiesbaden GmbH, Sitz Stuttgart. Gedruckt auf  
säurefreiem, alterungsbeständigem Papier.  
Druck: Printservice Decker & Bokor, München  
Printed in Germany

## INHALT

|                                                                                                                                                                                                        |     |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| <i>Rüdiger vom Bruch:</i><br>Vorwort.....                                                                                                                                                              | 7   |
| <i>Rüdiger vom Bruch:</i><br>Einleitung.....                                                                                                                                                           | 9   |
| <i>Sabine Schleiermacher:</i><br>Der Hygieniker Heinz Zeiss und sein Konzept der<br>„Geomedin des Ostraums“ .....                                                                                      | 17  |
| <i>Udo Schagen:</i><br>Die Forschung an menschlichen Organen nach „plötzlichem Tod“<br>und der Anatom Hermann Stieve (1886-1952) .....                                                                 | 35  |
| <i>Thomas Beddies:</i><br>Universitätspsychiatrie im Dritten Reich.<br>Die Nervenlinik der Charité unter Bonhoeffer und de Crinis.....                                                                 | 55  |
| <i>Steffen Rückl, Karl-Heinz Noack:</i><br>Agrarökonomien der Berliner Universität 1933-1945.<br>Von der Vertreibung unerwünschter Hochschullehrer bis zur<br>Ausarbeitung des „Generalplan Ost“ ..... | 73  |
| <i>Hartmut Ludwig:</i><br>Die Berliner Theologische Fakultät 1933 bis 1945 .....                                                                                                                       | 93  |
| <i>Willi Oberkrome:</i><br>Geistige Leibgardisten und völkische Neuordner.<br>Varianten der Berliner universitären Geschichtswissenschaft<br>im Nationalsozialismus.....                               | 123 |
| <i>Leonore Scholze-Irrlitz:</i><br>Universitätsvolkskunde im Nationalsozialismus.<br>Skizzen zur Fachetablierung und Öffentlichkeitsarbeit in Berlin.....                                              | 133 |
| <i>Achim Leube:</i><br>Die Ur- und Frühgeschichte an der Friedrich-Wilhelms-<br>Universität zu Berlin.....                                                                                             | 149 |
| <i>Burkhard Meischein:</i><br>„Der erste musikwissenschaftliche Lehrstuhl Deutschlands.“<br>Die Vorgänge um die Nachfolge Arnold Scherings 1941-1946.....                                              | 165 |

*Sabine Arend:*

„Einen neuen Geist einführen?“

Das Fach Kunstgeschichte unter den Ordinarien Albert Erich  
Brinckmann (1931-1935) und Wilhelm Pinder (1935-1945) ..... 179

*Reinhard Mehring:*

Tradition und Revolution in der Berliner Universitätsphilosophie ..... 199

*Klaus-Peter Horn:*

Erziehungswissenschaft an der Berliner Friedrich-Wilhelms-  
Universität in der Zeit des Nationalsozialismus ..... 215

*Werner Brill:*

Sonderpädagogik und Behinderung im Nationalsozialismus.  
Spezifika der Situation in Berlin..... 229

*Elk Franke:*

Der Sport nach 1933:  
Äußere Gleichschaltung oder innere Anpassung? ..... 243

*Wolfgang Höppner:*

Kontinuität und Diskontinuität in der Berliner Germanistik ..... 257

*Marie-Luise Bott:*

„Deutsche Slavistik“ in Berlin?  
Zum Slavischen Institut der Friedrich-Wilhelms-Universität 1933-1945 277

Autorenverzeichnis ..... 299

Personenregister ..... 303

## Vorwort

*Rüdiger vom Bruch*

Wie ist es zu diesen beiden Bänden über die Berliner Universität in der NS-Zeit gekommen? Am 29. Januar 2002 beschloss der Akademische Senat der Humboldt-Universität die Einrichtung einer Arbeitsgruppe, die Vorschläge für den öffentlichen Umgang mit Verstrickungen dieser Universität in die NS-Vernichtungspolitik erarbeiten soll. Anlass war der bevorstehende 60. Jahrestag der Erarbeitung des so genannten „Generalplan Ost“ (GPO) unter Leitung des Berliner Agrarökonomen Konrad Meyer; dieser Plan sah unter Inkaufnahme genozidaler Verbrechen eine „Leerräumung“ weiterer Teile der eroberten Ostgebiete für eine „germanische“ Neubesiedlung vor. Auch sollten weitere Beteiligungen von Berliner Professoren an NS-Verbrechen, etwa in der Medizin, untersucht werden. Die Arbeitsgruppe sollte offene Fragen wissenschaftlich klären und Vorschläge für die Formen und einen möglichen Ort des Gedenkens erarbeiten.

Als Inhaber des Lehrstuhls für Wissenschaftsgeschichte wurde mir der Vorsitz dieser nach gremienpolitischen und wissenschaftsgeschichtlichen Aspekten zusammengesetzten Arbeitsgruppe angetragen. Anfangs konzentrierten wir uns auf eine Beratung von zwei vorgesehenen Erklärungen zum 60. Jahrestag der Übergabe einer Fassung des GPO an den Reichsführer SS Heinrich Himmler am 28. Mai 2002, erarbeitet vom Fakultätsrat der Landwirtschaftlich-Gärtnerischen Fakultät und vom Präsidenten der Humboldt-Universität.

Bald aber wurde deutlich, dass „Verstrickungen“ der Berliner Universität in das NS-System ein wahrhaft „weites Feld“ bildeten und entsprechend umfangreiche Feldforschungen erforderten. Wie ist das damalige Verhalten mehr oder weniger exponierter Hochschullehrer zu bewerten? Wie stellte sich die Situation in einzelnen Fachgebieten und Fakultäten dar? Wie veränderten sich Strukturen und Alltagsverhältnisse der Friedrich-Wilhelms-Universität in der NS-Zeit? Wie besonders oder ähnlich war die Situation in Berlin im Vergleich mit anderen Universitäten in der NS-Zeit? Wie wurde nach 1945 in Ost und West mit der NS-Phase der Berliner Universität umgegangen?

Wissenschaftlich solide Vorarbeiten gab es nur sporadisch, im Unterschied zu vielen anderen deutschen Universitäten, und befremdlich angesichts der Tatsache, dass die Berliner Universität seit dem Kaiserreich das Flaggschiff unter den deutschen Universitäten mit hoher internationaler Ausstrahlung war. Doch die Quellen blieben nach 1945 für westliche Forscher weitestgehend verschlossen, im Osten unterlagen Publikationen zur NS-Zeit ideologisch kontrollierter Steuerung. Gleichwohl erschien hier eine Fülle wertvoller Spezialforschung, doch von historisch-kritischer Feldvermessung konnte leider keine Rede sein. So entschloss sich die Arbeitsgruppe zu einer systematisch konzipierten dreisemestrigen Ringvorlesung vom Sommersemester 2003 bis zum Sommersemester 2004. (Das detaillierte Programm ist im Internet unter [www.geschichte.hu-berlin.de/ns-zeit](http://www.geschichte.hu-berlin.de/ns-zeit) einzusehen.) Die Ergebnisse liegen nun in diesen beiden Bänden vor. Sie sollen zur öffentlichen Diskussion beitragen, auf künftigen Forschungsbedarf aufmerksam machen und ein erstes Fundament für den eigent-

lichen Auftrag der Arbeitsgruppe legen: wie will, wie soll die Humboldt-Universität auf wissenschaftlich solider Grundlage öffentlich an ihre NS-Vergangenheit erinnern?

Zu diesem Zweck findet Anfang 2005 ein Symposium statt, bei dem Wissenschaftler aus unterschiedlichen Fachgebieten, Vertreter anderer Universitäten, Ausstellungsleiter und Künstler mit internationalem Zuschnitt innovative Präsentationsformen für den Fall Berlin diskutieren und Empfehlungen entwickeln werden. Ermöglicht wurden alle diese Initiativen der Arbeitsgruppe dank großzügiger finanzieller Unterstützung durch die Humboldt-Universitätsgesellschaft.

Mancher Leser wird einen expliziten Beitrag zum „Generalplan Ost“ vermissen, welcher den Anstoß für den Senats-Beschluss gab. Die zu diesem Thema im Sommer 2003 eingeladene Isabel Heinemann musste wegen Erkrankung kurzfristig absagen, ihr Beitrag wurde aber sogleich ins Internet gestellt und kann unter [www.geschichte.hu-berlin.de/ns-zeit/sose03/vortrag\\_heinemann.pdf](http://www.geschichte.hu-berlin.de/ns-zeit/sose03/vortrag_heinemann.pdf) abgerufen werden. Der Aufsatz erscheint zudem in einem Sammelband zum Generalplan Ost, den die von mir mitgeleitete Forschergruppe zur Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft 1920-1970 herausgibt. Ausführlich informiert die Monographie von Isabel Heinemann *„Rasse, Siedlung, deutsches Blut“*. *Das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS und die rassenpolitische Neuordnung Europas*, erschienen im Wallstein-Verlag, Göttingen 2003. Im Herbst 2004 wird im Foyer der Deutschen Forschungsgemeinschaft in Bonn-Bad Godesberg eine Ausstellung zum Generalplan präsentiert, die dann als Wanderausstellung verschiedene Universitäten passiert und schließlich dauerhaft nach Bad Godesberg zurückkehrt. In dem Buch von Isabel Heinemann erscheint Konrad Meyer durchweg als SS-Größe. Um so dankbarer bin ich, dass im zweiten Band dieser Ringvorlesung Karl-Heinz Noack und Steffen Rückl in ihrem Beitrag über Berliner Agrarökonomien den Berliner Hochschullehrer Konrad Meyer vorstellen. Denn es geht ja um die Berliner Universität.

## Einleitung

### *Rüdiger vom Bruch*

Dieser Band mustert das wissenschaftliche Profil der Berliner Universität während der NS-Zeit. Die 1810 nach der Konzeption Wilhelm von Humboldts gegründete, 1828 nach dem königlichen Stifter benannte Friedrich-Wilhelms-Universität galt während des Kaiserreichs, weitgehend auch noch während der Weimarer Republik, nach nationaler und internationaler Wahrnehmung als Flaggschiff der deutschen Universitäten, zugleich als Triumph der modernen deutschen Forschungsuniversität, wie sie sich als Typus weltweit durchsetzte. Von Beginn an prägte ein spezifisches Spannungsverhältnis diese im Zentrum der Hauptstadt, am Forum Fridericianum gelegene Universität. Humboldt hatte als Motto *Einsamkeit und Freiheit* bestimmt, gelehrtes wissenschaftliches Forschen und Lehren ohne äußeren Zwang und unabhängig von irgendwelchen Nützlichkeitsabwägungen also, um so allein der Erkenntnis und Wahrheit zu dienen. Gleichzeitig aber prägte die Lage in unmittelbarer Nähe zu Schloss und Ministerien; auch war die Universität von Beginn an als nationales Projekt der deutschen Kulturnation projektiert, von Humboldt ebenso wie von seinem Berater Schleiermacher und von dem vormaligen weltbürgerlichen, nach 1800 nationalistischen Philosophen Fichte. Als 1871 die nationale Einheit gewonnen war, verstand sich ein Großteil der Berliner wissenschaftlichen Exzellenz in nationaler Dienstverpflichtung, und der Staat lohnte solche Haltung mit dem Titel *Exzellenz*. Um 1900 befand sich diese Universität auf ihrem Zenit, eingebettet in eine reiche Wissenschaftslandschaft mit spezialisierten Hochschulen und bedeutenden universitären wie außeruniversitären Forschungsinstituten. Das war auch im Bewusstsein der Berliner Professoren die eigentliche Glanzzeit, und so identifizierten sie sich nicht nur mit ihrer alma mater, sondern auch mit der politischen Kultur der konstitutionellen Monarchie, mit der für diese typischen Geringschätzung von Parteien und einer Verklärung von Wissenschaft und Bürokratie als überparteilich-gerecht ausgleichende Instanzen im öffentlichen Leben.

Vor diesem Hintergrund mussten viele Berliner Professoren den Zusammenbruch der Monarchie nach dem verlorenen Weltkrieg, die Revolution und die Parteien-Demokratie von Weimar in mehrfacher Hinsicht als katastrophale Bedrohung empfinden. Das unterschied die Berliner Professoren im Prinzip nicht von ihren Kollegen anderswo in Deutschland. Doch die Fallhöhe wurde in Berlin stärker registriert in Anbetracht der zuvor genossenen Privilegien. So lässt sich durchaus von einem besonderen *Berliner Geist* sprechen, wie der Pädagoge, Philosoph und Bildungshistoriker Eduard Spranger, dessen akademische Karriere noch im Kaiserreich in Berlin begann, 1966 in hohem Alter eine Sammlung von Aufsätzen betitelte – und das war durchaus kritisch gemeint. Denn bei aller Bewunderung für die Idee gerade dieser Berliner Universität übersah Spranger nicht jene willfährige nationale Dienstverpflichtung im Kaiserreich, eine trotzig-überhebliche Aversion gegen die Weimarer Republik, eine hilflose, halbherzige oder opportunistische, teilweise glühend-überzeugte Selbstgleichschaltung und Anpassung seit 1933 – und Sprangers eigene Position 1932/33 entbehrte nicht ambivalenter Verlautbarungen.

Die Berliner Universität hatte in der Weimarer Republik ihren vormaligen Rang als weltweit ausstrahlendes Exzellenzzentrum eingebüßt, galt aber immer noch als eine bedeutende Hochschule mit glänzenden wissenschaftlichen Leistungen. Was änderte sich in den Jahren seit 1933? Die Berliner Universität war zuvor für eine – politisch wie wissenschaftlich – eher konservative Berufungspolitik bekannt, doch der NS-Ideologie standen die älteren Professoren, die *Geheimräte* noch aus Kaisers Zeiten, zumeist distanziert gegenüber. Anders waren junge Dozenten gesinnt, die von der neuen Regierung einen völkischen Neuaufbruch erhofften und zugleich von der barbarischen Entlassungswelle seit Frühsommer 1933 profitierten – hatten sie sich doch in den letzten Jahren der Republik als eine chancenlose Generation wahrgenommen und rückten nun in Scharen in die freigewordenen Professuren ein. Wie veränderte sich in der Kombination von NS-Ideologie, zentralistischer Hochschulpolitik und Generationenwechsel das wissenschaftliche Profil der Berliner Universität? Wie weit ist 1933 – und dann wieder 1945 – vor allem als Bruch zu bestimmen, wie weit lassen sich 1933 (und wieder 1945) Kontinuitäten beobachten, personell und in der fachwissenschaftlichen Arbeit? Welchem fachwissenschaftlichen Spektrum begegnen wir in diesen zwölf Jahren, welcher Bandbreite von Verhaltensweisen, welchem Verhältnis von anerkannter Forschung nach internationalen Standards und ideologischer Überformung? Lässt sich überhaupt zwischen „schlechter“ und „guter“ Forschung unterscheiden, gemessen an der politisch-ideologischen Kontamination der Wissenschaftler? Wieweit war eine gegenüber politischen Zumutungen resistente Forschung möglich, und wenn, konnte diese im wissenschaftlichen Gehalt nicht auch minderwertig sein, während vielleicht aus ideologischen Antrieben oder Nützlichkeits Erwägungen vor allem für die Kriegspolitik gespeiste Forschungen – für sich genommen – im internationalen Vergleich hohe Anerkennung genossen? Um solche und weitere Fragen geht es in diesem Band, welcher Wissenschaften an der Berliner Universität unter den Rahmenbedingungen einer *braunen Universität* vorstellt, aber damit auch braune Wissenschaften? Je tiefer die Autoren in die einzelnen Fachgebiete eindringen, umso weniger vermochten sie ein einheitliches Bild zu zeichnen. Bestimmte Grundmuster kehren wieder, zugleich aber entsteht ein ungemein buntes und facettenreiches Bild, das die reichen Schattierungen jener Jahre spiegelt, im Wissenschaftsbetrieb und in den Verhaltensweisen der Professoren.

Eine erste Aufsatzgruppe befasst sich mit der Berliner Universitätsmedizin, welche internationalen Ruhm genoss und elendiglich mit der NS-Politik verkoppelt war. Weltberühmte Ärzte wie Ferdinand Sauerbruch und Walter Stoeckel ließen sich politisch in Dienst nehmen, doch bei genauerem Hinsehen ergibt sich ein differenzierteres Bild. Gleichsam den Prototyp des Täters zeichnet *Sabine Schleiermacher* in ihrem Beitrag über den 1933 auf den Lehrstuhl für Hygiene berufenen Heinz Zeiss. Dieser hohe NS-Funktionär formte maßgeblich die Gesundheitspolitik im Zweiten Weltkrieg als wissenschaftliche Legitimation von Deportation, Zwangsumsiedlungen und Vernichtung in Osteuropa, insbesondere im Umfeld des so genannten Generalplan Ost. Aber er war weder fanatischer Ideologe noch skrupelloser Karrierist, vielmehr sah er in der NS-Politik eine Umsetzungschance für seine volkstumpolitischen Ziele, welche er seit dem Ersten Weltkrieg verfolgte. Er brauchte kein Nazi zu werden, weil dieses Regime ihm lediglich eine realpolitische Chance für die Umsetzung seiner lange schon verfolgten wissenschaftlich-politischen Ziele zu bieten schien – die Ent-

grenzung zivilgesellschaftlicher Normen nahm er dabei billigend in Kauf. Bei dem Mediziner Zeiss begegnet im übrigen eine für alle volkstumpolitischen Planungen typische interdisziplinäre Verbundstrategie, wie sie auch bei Soziologen und Historikern, Ökonomen und Juristen, Geographen und Volkskundlern anzutreffen ist.

Welche ethischen Probleme werfen professionell unbedenkliche Verhaltensweisen auf? Dieser Frage geht *Udo Schagen* in seiner Musterung des Anatomen und Gynäkologen Hermann Stieve nach. Würdigungen nach seinem Tod 1952 bescheinigten hohes wissenschaftliches Ansehen und keinerlei Verfehlungen während der NS-Zeit. Stieve war eine Autorität in der Erforschung von Sexualorganen, insbesondere von weiblichem Zyklus, von Gebärmutter und Zellstöcken, und er erhielt in der späten NS-Zeit eine einzigartige Chance für gesicherte Reihenuntersuchungen an massenhaftem „Material“, nämlich durch die Sektion von Hinrichtungsoferten aus Plötzensee. Stieve profitierte von der Entgrenzung staatlichen Handelns, nahm aber für sich in Anspruch, lediglich die zur Verfügung gestellten Organe untersucht zu haben, gemäß einer jahrhundertealten Tradition nach Hinrichtungen. In der Tat gab es keinen ethisch begründeten Kriterienkanon für derartige Forschungen, ein solcher entwickelte sich erst im Anschluss an den Nürnberger Ärzteprozess von 1946.

Erbgesundheits- und damit verbunden die Frage einer Sterilisation von defekten Personen war ein Zentralthema der Medizin und insbesondere der Psychiatrie in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in zahlreichen Kulturstaaten, auch in der Weimarer Republik. Die NS-Regierung jedoch verfügte 1933 gesetzlich für solche Fälle die Zwangssterilisation. Vor diesem Hintergrund befragt *Thomas Beddies* den Charité-Psychiater Karl Bonhoeffer und seinen unerwünschten Nachfolger Maximian de Crinis. Bonhoeffer, alles andere als ein NS-Sympathisant und Vater des 1945 ermordeten Theologen Dietrich Bonhoeffer, gilt vielen als Lichtgestalt, steht aber im Zentrum einer Kontroverse, inwieweit trotz seiner Ablehnung von Zwangssterilisation das Gesetz von 1933 mit seinen erbbiologischen Vorstellungen korrespondierte. Welchen Pakt mit dem Teufel schloss er durch seine Mitarbeit im Berliner Erbgesundheitsobergericht, was wusste er über selektierende Fragebogenaktionen in seiner eigenen Klinik? Offenbar versuchte er durch aktive Mitwirkung Schlimmeres zu verhindern, wissenschaftliche Standards zu gewährleisten. Das nachdenkliche Fazit von Beddies lautet: Bonhoeffer war „kein Mitläufer und kein Sympathisant der Bewegung, aber er war – als Arzt und bezogen auf die Medizin im NS – ein Mittäter und Wegbereiter.“ Er wurde, „in dem Bemühen, Schlimmeres zu verhindern, selbst Teil des Schlimmen.“ Ganz anders sein gegen den Widerstand der Fakultät und hinhaltendes Taktieren Bonhoeffers berufener Nachfolger de Crinis, ein fanatischer Antisemit, der bereits 1931 in Österreich Parteigenosse wurde und extrem ehrgeizig eine wissenschaftliche Karriere in Deutschland anstrebte. Wieweit er aktiv an den Krankenermordungen im Zweiten Weltkrieg beteiligt war, lässt sich aufgrund der schlechten Quellenlage kaum bestimmen, aber mit Sicherheit war er aufgrund seiner Position umfassend informiert.

Mit den Berliner Agrarökonomen während der NS-Zeit befasst sich der Beitrag von *Karl-Heinz Noack* und *Steffen Rückl*. 1934 war die traditionsreiche und forschungsstarke Landwirtschaftliche Hochschule in die Berliner Universität eingegliedert worden. Im Zentrum der Untersuchung für die NS-Zeit an der Berliner Universität stehen zwei denkbar konträre Persönlichkeiten: zum einen der wissenschaftlich anerkannte Ökonom Constantin von Dietze, Regimegegner und Anhänger der Beken-

nenden Kirche, nach dem Zweiten Weltkrieg hochgeachtet als Rektor der Universität Freiburg, zum anderen der ebenfalls wissenschaftlich hochgeachtete Konrad Meyer, der in der Bundesrepublik seine Karriere in Hannover fortführte und für die UNESCO bevölkerungspolitische Szenarien in Entwicklungsländern entwarf, dessen Name aber zugleich die wissenschaftliche Durchführungsexpertise des von SS-Reichsführer Heinrich Himmler in Auftrag gegebenen Generalplan Ost zur Schaffung menschenfreier Räume in Osteuropa zum Zweck germanischer Ansiedlung unter der Voraussetzung einer Deportation von Millionen einheimischer Bevölkerung bezeichnet.

Zwei Fakultäten haben in der langen Geschichte der deutschen – und eben auch der Berliner – Universität ihren Charakter am wenigsten verändert, die Theologische und die Juristische (Der Vortrag über die Berliner Jura-Fakultät in der NS-Zeit lag für den Druck leider nicht vor). Das schwierige Bild einer mehr lavierenden denn glaubensstarken Theologischen Fakultät zeichnet *Hartmut Ludwig*. Relativ aufrecht verhielt sie sich bis Mai 1933 unter dem Dekanat des liberalen Adolf Deissmann, auch wenn zahlreiche Nachwuchs-Wissenschaftler bereits mit der NS-Bewegung sympathisierten oder ihr schon angehörten, eine für die Universität insgesamt typische Situation. Doch der „Tag von Potsdam“ führte auch etliche Ordinarien näher an das neue System heran, Proteste gegen Entlassungen gab es nicht. Unter dem Dekanat des nationalkonservativen Erich Seeberg bis Mai 1935 taktierten die Theologen mit den Ministerien, passten sich zunehmend an. Bereits im Mai 1933 kommentierte Seeberg Karl Barths Schrift „Theologische Existenz heute!“, Barth zeige zwar, „dass für uns nichts gilt wie Gott und sein Wort“, doch „er verstärkt die Isolierung der Theologie“, was dazu führe, „dass man um der Reinheit der Theologie willen auf ihre Wirksamkeit verzichtet“. Trotz seiner guten Beziehungen zur Regierung wurde Seeberg 1935 gestürzt, seine Nachfolger Johannes Witte und Arnold Stolzenberg exekutierten den Schulterschluss mit den „Deutschen Christen“, während die Bekennende Kirche im Gegenzug eine Kirchliche Hochschule errichtete. Doch auch Seeberg hielt immer an einem Primat der Theologischen Fakultät als einer staatlichen Einrichtung fest, mit gravierenden Folgen auch in der Frequenz, welche von 908 im Winter 1932/33 auf 46 Anfang 1941 schrumpfte.

Die Philosophische Fakultät besaß unter dem Namen Artisten-Fakultät in der lateuropäischen Universität minderen Rang als propädeutisches Durchgangsstadium zu den drei „oberen“ Fakultäten Theologie, Jura und Medizin. Das änderte sich dramatisch im Verlauf des 19. Jahrhunderts, nachdem sie in den Reformdiskussionen um 1800 von Immanuel Kant bis Wilhelm von Humboldt an die Spitze rückte, da sie im Unterschied zu den für konkrete Berufe ausbildenden drei anderen Fakultäten, frei von Nützlichkeitserwägungen, allein auf Erkenntnis und Wahrheit ziele. Unter ihrem Dach waren sämtliche Geistes-, Sozial- und Naturwissenschaften versammelt, sie expandierte in ständiger Ausdifferenzierung am stärksten und wuchs zur größten Fakultät an. Naturgemäß kann in diesem Band nur eine kleine Auswahl der geistes- und sozialwissenschaftlichen Fachgebiete für die NS-Zeit präsentiert werden (die beiden Vorträge zu Chemie und Biologie standen für den Druck leider nicht zur Verfügung).

In seinem Beitrag zur Geschichtswissenschaft markiert *Willi Oberkrome* mit dem Privatdozenten Kleo Pleyer eine Scharnierfigur für Kontinuitäten vor und nach 1933. Methodisch gesicherte Standards in diesem traditionsreichen Fach erleichterten wissenschaftliche Kontinuität, welche tendenziell methodische Qualität und Quellenar-

beit über ideologische Zuverlässigkeit stellte, aber gerade dadurch eine relativ unauffällige Annäherung an die Weltanschauung und bevorzugte Themen des NS-Systems begünstigte. Dies wurde durch eine andere Kontinuität erleichtert, da historische Begründungen für eine Revision von Versailles bereits in der gesamten Weimarer Republik auf der Tagesordnung standen, antisemitische Stereotypen im Lehrkörper schon lange Fuß gefasst hatten, und da jüngere Historiker um 1930 radikalnational-völkische Fragestellungen – in Abgrenzung von vormaliger Konzentration auf Staaten – bevorzugten, welche methodisch innovativ in interdisziplinären Verbundprojekten bearbeitet wurden, zugleich mit eindeutig ideologischen Prämissen. Nahtlose Gleichschaltung traf indes nicht zu, sorgfältiges Hinsehen lässt Schattierungen erkennen, sei es in leisen Tönen wie bei den etablierten Historikern Hartung und Schüßler, oder in einem Methodenpluralismus, der die schon vor 1933 entwickelte, vom NS-System dann bevorzugte Kulturraumforschung als einen Schwerpunkt neben anderen gelten ließ. Andererseits fasste das SS-Geschichtsbild mit seiner Betonung von „Landvolk“ und von Auslandswissenschaft seit Mitte der dreißiger Jahre auch unter den Berliner Universitätshistorikern Fuß.

Eine besondere Rolle innerhalb der historischen Disziplinen nahm die noch junge, von *Achim Leube* gemusterte Ur- und Frühgeschichte ein, als Schnittstelle von geistes- und naturwissenschaftlichen Verfahren, von Fachdisziplin und massenhafter Laienbewegung und als offenes Einfallstor für deutschümelnd-germanische Ideologeme, repräsentiert durch den ersten, 1902 berufenen Ordinarius an der Berliner Universität, Gustav Kossinna. Stärker noch als die an schriftlichen Quellen orientierte Geschichtswissenschaft avancierte diese ideologisch mühelos anschlussfähige und interdisziplinär grundierte (in Verbindung mit Rassenkunde, Volkskunde etc.) „Spaltenwissenschaft“ zu einem Lieblingskind der NS-Geschichtsideologen, geriet damit freilich auch in Grabenkämpfe zwischen Himmlers „Ahnenerbe“ und dem Amt Rosenberg, wie der Kossinna-Nachfolger und Rosenberg-Protegé Hans Reinerth leidvoll erfuhr.

Ebenfalls jung und zudem mit der Ur- und Frühgeschichte sowie mit anderen Disziplinen mannigfach verknüpft galt die von *Leonore Scholze-Irritz* vorgeführte Volkskunde als ein Paradebeispiel völkischer Wissenschaft, deren nostalgisch-ideologische Wurzeln weit ins 19. Jahrhundert zurück reichten. Gerade dieses Fach suchte gemäß Adolf Spamer (1883-1953), dem ersten Berliner Lehrstuhlinhaber, Funken aus den als „allgemeine Zeitkrise“ aufgefassten Zuständen nach dem Ersten Weltkrieg zu schlagen. Der Akzent lag auf „Volkstum“, und eine NS-kompatible rassistische Unterfütterung fiel dann nicht schwer.

Mochte bei den historischen und volkskundlichen Fachgebieten eine Instrumentalisierung zugunsten der nationalsozialistischen Weltanschauung nahe liegen, so war dies bei Wissenschaften, die sich mit der ästhetischen Kultur befassten, weniger zu vermuten. Doch die folgenden beiden Beiträge zeichnen ein anderes Bild. *Burkhard Meischen* konzentriert sich für die Musikwissenschaft auf die langwierige Nachfolge des 1941 verstorbenen Arnold Schering, die sich bis 1946 hinzog. Besonders aufschlussreich erscheint eine Stellungnahme des Gaudozentenführers Willi Willing 1941 zu einer Dreierliste, in der er sich auf den wissenschaftlich bestqualifizierten Friedrich Blume konzentriert: die Wiederbesetzung des Lehrstuhls biete die Chance, „den heute maßgeblichen kulturpolitischen Grundsätzen verstärkt Geltung zu ver-

schaffen“, was bei Blume aber nicht zu erwarten sei, dessen „Hauptleistung auf dem Gebiet der evangelischen Kirchenmusik liegt“. Willing fährt fort: „umso merkwürdiger muß es berühren, wenn derselbe Autor sich jetzt plötzlich als weltanschaulicher Prophet mit dem Rasseproblem in der Musik (...) befaßt“.

Neue Akzente setzt *Sabine Arend* für die Berliner Kunstgeschichte, welche zu Beginn des 20. Jahrhunderts als „Olymp“ des Faches in Deutschland galt, personell ungewöhnlich gut ausgestattet blieb und insbesondere von der Zusammenarbeit mit den Berliner Museen profitierte. Eine Untersuchung des Lehrangebots in der NS-Zeit lässt ein breites Themenspektrum zu europäischer und außereuropäischer Kunst erkennen, keineswegs eine Verengung auf deutsche Kunst, daneben seit Winter 1937 regionale Schwerpunkte in Verbindung mit dem neuen Provinzialinstitut für Brandenburgische Landes- und Volkskunde in Verbindung mit dem „Grenzlandkampf“ im Osten. Dieser Befund scheint eine bisherige Sichtweise zu stärken, wonach zwar der 1935 von München nach Berlin berufene Nationalsozialist Wilhelm Pinder mit seiner Überbetonung des Nationalen und des Biologischen, mit seiner „Physiognomie deutschen Formcharakters“ und seiner am Mittelalter geschulten Hoffnung auf einen neuen Stil als Vereinigung von Gemeinschaft zur Form, die Berliner Kunstgeschichte erheblich belastete, während sein Kollege Albert Erich Brinckmann ein Gegengewicht mit breiten gesamteuropäischen Lehrangeboten bildete. Tatsächlich aber war Brinckmann bereits seit März 1933 Mitglied der NSDAP und betrieb eine harte antisemitische Personalpolitik. Eine genauere Sichtung des Lehrangebots ergibt denn auch, dass Pinder sich auf die deutsche Kunst selbst konzentrierte, während Brinckmann im europäischen Vergleich eine besondere Stellung deutscher Kunst zu verorten suchte.

Die folgenden beiden Beiträge zu Philosophie und Pädagogik sind eng miteinander verflochten, da Philosophie zu jener Zeit noch Pädagogik und Psychologie einschloss. Für die drei Ordinarien stellt *Reinhard Mehring* eine von NS-Ideologemen nicht kontaminierte Kontinuität fest, allerdings galt für die Psychologie eine besondere Situation, denn Wolfgang Köhler legte 1933 aus Protest gegen die Entwicklung seinen Lehrstuhl nieder – ein äußerst unübliches Verhalten! – und die überwiegend jüdischen jüngeren Dozenten wurden entlassen. Damit brach die bedeutende Berliner Schule der Gestaltpsychologie zusammen. Der Philosoph Nicolai Hartmann überstand die gesamte NS-Zeit ungefährdet in demonstrativ apolitischer Haltung, begünstigt durch offensichtliches Desinteresse des Regimes an der Universitätsphilosophie. Auch der Pädagoge Spranger, ein „Geheimrat-Typ“ noch des Kaiserreichs in der geistigen Tradition Goethes und Humboldts, blieb – trotz seiner Mitgliedschaft in der Mittwochs-Gesellschaft – bis 1945 unbehelligt und leitete die Berliner Universität dann als erster Nachkriegsrektor, hatte sich allerdings 1932/33 durchaus zweideutig gegenüber der neuen Zeit verhalten.

Das beleuchtet eingehender *Klaus-Peter Horn* in seinem Beitrag zur Erziehungswissenschaft, der gleichwohl Sprangers aufrechte Gesinnung betont. Als neben ihm 1933 der NS-Pädagoge Alfred Baeumler auf einen neuen Lehrstuhl für politische Pädagogik oktroyiert wurde, reichte Spranger seine Entlassung ein, die er allerdings wegen drohenden Pensionsverlustes wieder zurückzog. Wohl lassen sich in den folgenden Jahren Gemeinsamkeiten zwischen Spranger und Baeumler in ihrem Verständnis einer notwendigen Wechselwirkung von Politik und Wissenschaft aufzeigen, doch überwogen die Differenzen: Für Baeumler erfüllte die Erziehung lediglich Hilfs-

funktionen für die Politik, während Spranger die Politik als einen von mehreren Kulturbereichen neben Wirtschaft, Wissenschaft, Kunst und eben auch Pädagogik wahrnahm.

Scharf abzugrenzen von der allgemeinen Pädagogik ist die von *Werner Brill* untersuchte, eine ganz andere Kontinuität von der Weimarer Republik in den NS-Staat belegende Sonderpädagogik. Denn schon in den 1920er Jahren erfolgte die Hilfsschullehrerausbildung im Zeichen von Rassehygiene und Minderwertigkeitsdiskursen. So standen hier schon die drei Stereotypen bereit, „die im Nationalsozialismus früh tragende Funktion in der Diskussion um Sinn und Zweck der ‚Sonderschule‘ ausübten“: Hilfsschulen als „eugenisches Sammelbecken“, als Entlastung für die Volksschulen und als „Brauchbarmachung“ der Hilfsschüler“. Der NS-Staat stellte früh schon gesetzliche Regelungen bereit, vornehmlich mit dem am 14. Juli 1933 erlassenen „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“, das die im Staat von Weimar breit diskutierte freiwillige Sterilisation Erbkranker in Zwangssterilisation überführte. Herbst 1939 fiel dann die Entscheidung für die „Euthanasie“-Morde der folgenden Jahre. Maßgeblichen Anteil an der Ausbildung der Hilfsschullehrer an der Berliner Universität hatten denn auch die führenden Rassenanthropologen Eugen Fischer und Fritz Lenz.

Demgegenüber mochte die im Nationalsozialismus intensiv geförderte, aber auf alte humanistische Wurzeln zurückgehende Sportidee als unpolitisch erscheinen. Das von *Elk Franke* gezeichnete Bild zeigt indes komplexe Ambivalenzen, wenn „unterhalb der Ebene organisierter Gleichschaltung eine gesellschaftliche Wertverschiebung stattfand“. Die menschenverachtende NS-Ideologie war zugleich „Triebfeder für die Konstituierung einer autonomen, gesellschaftlich anerkannten Sportidee.“ Wiederum spielte Alfred Baeumler eine maßgebliche Rolle, der sich 1930 für „politische Leibeserziehung“ einsetzte und 1934/37 das zweibändige Standardwerk „Sport und Staat“ publizierte. Auf Verflechtungen zwischen Politik und Sport auch nach 1945 weist Franke in einem Ausblick hin und brandmarkt in der Sportwissenschaft anhaltende Stilisierungen eines „unpolitischen Sports“ als „Selbstbetrug“.

Die beiden letzten Beiträge dieses Bandes mustern mit sehr unterschiedlichen Ergebnissen, bezogen auf das jeweilige Verhaltens- und Wissenschaftsprofil, philologische Disziplinen an der Berliner Universität in der NS-Zeit. Am Beispiel der Germanistik untersucht *Wolfgang Höppner* die Verengung der traditionsreichen, international ausstrahlenden deutschen Nationalphilologie zu einer „deutschen Wissenschaft“. Allerdings greift eine Reduktion auf Gleichschaltung und politische Instrumentalisierung zu kurz. Sicher haben führende Fachvertreter wie Arthur Hübner und Julius Petersen 1933 das neue System und seine ideologisch-politischen Ziele mit starker Sympathie begrüßt, doch eine spezifisch deutsche Ordinarienhegemonie sowie ein Beharren auf tradierten wissenschaftsmethodologischen Standards bewirkten Kontinuitätsmuster über 1933 hinaus, welche einerseits national-völkische Penetration begünstigten, andererseits konsterniert auf politisch-ideologische Vereinnahmungsversuche reagierten. Das wird unter dem Stichwort Sozialsystem an der Frage eines Wandels personal-institutioneller Interaktion, unter dem Stichwort Textsystem in Bezug auf die methodisch-thematischen Bedingungen von Wissenschaftswandel diskutiert. Die strukturelle Binnengliederung des auf der Ordinarienhierarchie ruhenden Germanischen Seminars hat sich in der NS-Zeit kaum verändert, geprägt durch

traditionsstolze und interessengeleitete Beharrung, nicht durch politische Widerständigkeit. Die anfängliche Selbstanpassung der Ordinarien wich einer auf Kontinuitätswahrung setzenden Desillusionierung. Für das Fach selbst hielt der neue Staat keine originären Konzepte bereit, vielmehr setzten sich die Frontlinien der Weimarer Republik zwischen philologischer und geistesgeschichtlicher Methode fort, wobei vor allem semantische Anpassungsleistungen für eine Unterstützung durch die neuen Machthaber warben, welche mit rhetorischem Geschick in die innerwissenschaftlichen Kontroversen eingespannt wurden. Etwas überspitzt ließe sich von einer Instrumentalisierung der Politik im Machtkampf methodischer Positionen an Stelle einer Gleichschaltung der Wissenschaften sprechen, wie dies bereits auch bei der Ur- und Frühgeschichte oder den Historikern zu beobachten war. Im Mittelpunkt stand *the state of the art*, das gewährleistete fachwissenschaftliche Reputation über 1933 und über 1945 hinaus. Ideologische Anpassung im Vokabular, in den Vor- und Nachworten ließ sich dann leicht austauschen. Bezeichnenderweise ergaben sich Konflikte im Germanischen Seminar, als mit dem 1935 berufenen Franz Koch erstmals ein Vertreter der seit 1910 in den Vordergrund tretenden geistesgeschichtlichen Richtung zugleich eine dezidiert rassekundliche Literaturbetrachtung vertrat.

Ein ganz anderes Bild bietet die von *Marie-Luise Bott* analysierte Berliner Slavistik. Sie stand im Windschatten der bevorzugten Germanistik, aber auch der fast gleichstarken Anglistik, da Englisch die einzige Pflichtfremdsprache im NS-System war. Doch während diese Philologien, wie auch die Romanistik, von genuin deutschen Professoren vertreten wurde, hatten sich für die Slavistik slavische oder „volksdeutsche“ Professoren aus dem slavischen Raum bis weit in die Zwischenkriegszeit hinein etabliert. War die Slavistik eine randständige, dem politischen Gestaltungsinteresse der Nationalsozialisten entzogene Nische? Der Befund von Frau Bott lautet anders: Die Berliner Slavistik war das bedeutendste einschlägige Forschungszentrum in Deutschland, und der Berliner Ordinarius Max Vasmer verkörperte eine einzigartig widerständige Zivilcourage gegen NS-Zumutungen, welche im nachhinein von der Fachgeschichte in Ost wie in West zur Generalentschuldung der Disziplin in der NS-Zeit stilisiert wurde. Davon kann indes keine Rede sein, Vasmer verkörpert für seine Disziplin wie für die Berliner Universität eines der ganz seltenen Beispiele widerständigen Verhaltens. Aufrechtes Verhalten verband er mit listiger Nutzung klarsichtig erkannter politischer Gegebenheiten seit 1933. Nüchtern erkannte er die politische Konnotation von Ressourcenmobilisierung, sprach indes von „unserer“ statt von „deutscher“ Slavistik. Er setzte sich für die Promotion eines litauischen jüdischen Studenten ein und erregte den Zorn des Reichserziehungsministeriums in der Ablehnung einer US-amerikanischen Gasprofessur. Mit listiger Vorsicht auf Selbstschutz bedacht, überstand Vasmer souverän wissenschaftliche und politische Zumutungen – ein ungewöhnliches Beispiel an der Berliner Universität nach 1933.

Überblickt man die Beiträge insgesamt, dann ergibt sich ein vielfältiges Bild, in dem sich die Berliner Universität grundsätzlich nicht von anderen deutschen Universitäten unterscheidet. Widerstand war hier wie anderswo die Ausnahme. Professoren als „Täter“ finden sich häufiger, wohl weniger wegen einer entsprechenden Disposition der Professoren, sondern wegen der engen räumlichen Anbindung an die Zentren der Macht.

## **Der Hygieniker Heinz Zeiss und sein Konzept der „Geomedizin des Ostraums“<sup>1</sup>**

*Sabine Schleiermacher*

Zum 1. November 1933 wurde der Hygieniker Heinz Zeiss (1888-1949) „zum planmäßigen außerordentlichen Professor in der Medizinischen Fakultät der Universität Berlin“ sowie zum stellvertretenden Direktor des Hygienischen Instituts ernannt.<sup>2</sup> Im März 1937 erhielt Zeiss das Ordinariat für Hygiene und leitete dann das Hygienische Institut bis 1945. Zeiss, der sich zwischen 1915 und 1932 mit kürzeren Unterbrechungen fast ausschließlich in Kleinasien und der Sowjetunion aufgehalten hatte, war durch eine langjährige Forschungstätigkeit, die von der Seuchenbekämpfung bis zur Geomedizin reichte, ausgewiesen.

In einer Chronik des Hygienischen Instituts der Humboldt Universität aus dem Jahr 1960 schrieb der damalige Leiter Kurt Winter über Zeiss: „Mit ihm wurde die völkerverbindende Tradition des Instituts jäh durchbrochen. Zeiss war aktiver Faschist und in der dunkelsten Zeit Deutschlands wurde durch ihn in der Fakultät die Niedertracht repräsentiert und durchgesetzt.“<sup>3</sup> Und in dem Findbuch zu dem Bestand des Hygienischen Instituts im Archiv der Humboldt-Universität Berlin ist zu lesen, dass Zeiss „als aktiver Funktionär der Nazipartei die Lehr- und Forschungstätigkeit fast ausschließlich in den Dienst der faschistischen Gesundheits- und Kriegspolitik stellte“.<sup>4</sup> Paul Weindling resümiert in seinem Buch „Epidemics and Genocide in Eastern Europe, 1890-1945“, Zeiss habe mit seiner Forschungstätigkeit die theoretische Grundlage für eine präventiv ausgerichtete Medizin und Hygiene geliefert, durch die Umsiedlung, Deportation und Vernichtung ganzer Bevölkerungsgruppen in Osteuropa eine wissenschaftliche Legitimation erhielten.<sup>5</sup>

Die Interpretation der Bedeutung von Zeiss während des Nationalsozialismus scheint eindeutig zu sein. Es bleibt jedoch zu untersuchen, in welchem Rahmen und vor welchem Horizont Zeiss seine Wissenschaft vertreten konnte, deren theoretische Grundlage er in der Weimarer Republik erarbeitet hatte und die dann in nationalsozialistische Politik aufgehen konnte. Zu fragen ist: 1. Welches wissenschaftliche Profil hatte Zeiss, das ihn für die Berufung zum Professor für Hygiene an die Medizinische Fakultät der Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin attraktiv machte? 2. In welchen politischen Kontext ist er einzuordnen und inwieweit verbanden sich in seinem Forschungsfeld „Geomedizin“ staatliche Interessen mit wissenschaftlicher Expertise?

<sup>1</sup> Eine englische Fassung dieses Beitrages mit veränderter Schwerpunktsetzung erscheint in: Susan Gross Solomon (Hg.), *Convenient Marriage: Soviet-German Medical Relations between the Wars*, Toronto 2004.

<sup>2</sup> Der Preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung 25.11.33. Archiv der Humboldt-Universität Berlin (AHUB), UK Z 12a, Personalakte Zeiss Bl. 23.

<sup>3</sup> Kurt Winter, „Die Entwicklung der Hygiene und Sozialhygiene in den 75 Jahren seit der Gründung des Instituts“, in: *Zeitschrift für ärztliche Fortbildung* 54/1960; 9, 558.

<sup>4</sup> Findbuch, AHUB, Bestand Hygienisches Institut.

<sup>5</sup> Paul Weindling, *Epidemics and Genocide in Eastern Europe, 1890-1945*, Oxford 2000.

## 1. Zeiss' wissenschaftlicher Lebensweg

Am 1. September 1921 trat Heinz Zeiss, der Assistent im Institut für Schiffs- und Tropenhygiene in Hamburg war und während des Ersten Weltkrieges im Dienst des deutschen und türkischen Militärs gestanden hatte, in das Deutsche Rote Kreuz ein und nahm an dessen Sanitätsexpedition nach Russland teil. Eine große Hungersnot im Jahre 1921, hervorgerufen durch Bürgerkrieg und Missernten, hatte eine internationale Hilfsaktion zur Folge, an der sich auch die Regierung der Weimarer Republik durch das Deutsche Rote Kreuz beteiligen wollte. Vertreter von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft einigten sich mit dem Deutschen Roten Kreuz auf eine ausschließlich medizinisch ausgerichtete Hilfsaktion.<sup>6</sup> Dabei ging es nicht nur um seuchenpräventive oder karitative Ziele, sondern auch um die Nutzung der Möglichkeit „einer kulturellen und handelspolitischen Öffnung“ Osteuropas<sup>7</sup>, von der Wissenschaft und Industrie Gebrauch machen wollten.

Unter der Leitung von Zeiss entstand in Moskau ein bakteriologisches Zentrallaboratorium des Deutschen Roten Kreuzes, das bald mit anderen bakteriologischen Untersuchungssämtern zusammenarbeitete. Hier wurden seuchenhygienische Erkundungsexpeditionen vorbereitet, Gesundheitsstatistiken geführt, Proben analysiert, Impfstoffe hergestellt und Impfaktionen geplant. Im November 1924 waren die Folgen der Hungersnot von 1921 erfolgreich bekämpft und das Deutsche Rote Kreuz stellte seine Aktivitäten in Russland ein.<sup>8</sup> Zeiss, der sich das Vertrauen des Volkskommissars für das sowjetische Gesundheitswesen, N.A. Semaschko (1874-1949), sowie zahlreicher anderer Kollegen erworben hatte, blieb jedoch in Moskau und arbeitete von 1924 bis 1925 als Abteilungsvorsteher im Chemo-Pharmazeutischen Forschungsinstitut des Obersten Wirtschaftsrates sowie von 1924 bis 1932 am Tarasewitsch-Institut für experimentelle Therapie und Serumkontrolle.<sup>9</sup> Parallel zu seiner Berufstätigkeit als Angestellter des russischen Staates war Zeiss vom 1. Oktober 1924 bis zum 1. März 1932 auch „in kulturpolitischem Auftrage des Auswärtigen Amts in der Sowjet-Union tätig“.<sup>10</sup> Er hatte in „Moskau in ständiger Fühlung mit der Deutschen Botschaft gearbeitet“ und „im Auftrage der Botschaft verschiedentlich wissenschaftliche Referate und Arbeiten ausgeführt“.<sup>11</sup> Die Ausübung seiner Tätigkeit als Hygieniker im Dienste des russischen Staates war mit zahlreichen Dienstreisen verbunden. Berichte über diese Reisen schickte Zeiss auch an die Deutsche Botschaft in Moskau. In ihnen bezog er sich jedoch nicht nur auf Fachinterna, wie gesundheitspolitische und medizinische Entwicklungen, sondern übermittelte auch politische und kulturelle Einschätzungen. Seine Reisen dienten aber auch der Übermittlung deutschen medizinischen Fachwissens und deutscher Kultur. In der Öffentlichkeit galt Zeiss als engagierter Förderer wissenschaftlicher Kontakte zwischen Russland und

<sup>6</sup> Aktennotiz September 1921. BArch Po, Reichsministerium des Innern Nr. 9398. Zitiert nach Wolfgang U. Eckart, „Medizin und auswärtige Kulturpolitik von Weimar-Deutschland und Sowjetunion 1920-1932“, in: *Medizin, Gesellschaft und Geschichte* 11/1992, 107-143; 112 (Anm. 28).

<sup>7</sup> Ebd., 109ff.

<sup>8</sup> Deutsches Rotes Kreuz 27.5.1933. AHUB UK Personalia Z 12a, Bl.12.

<sup>9</sup> Lebenslauf Zeiss. AHUB UK Personalia Z 12a, Bd. 3, Bl. 4-5.

<sup>10</sup> Bescheinigung des Auswärtigen Amts vom 20.4.1938. AHUB UK Personalia Z 12a, Bl. 111.

<sup>11</sup> Eckart, „Medizin und auswärtige Kulturpolitik“, 115.

dem Deutschen Reich. So schrieb die Deutsche Allgemeine Zeitung 1929, „dass Prof. Zeiss durch seine fachmännische Einarbeitung in die russischen Gesundheitsverhältnisse und seinen starken persönlichen Kontakt sowohl mit russischen wie mit deutschen Forschungskreisen in geradezu vorbildlicher Weise der wachsenden wissenschaftlichen Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern dient“.<sup>12</sup>

In einem Brief an die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft beschrieb Zeiss das nach außen als loyal geschilderte wissenschaftliche Interesse und die Gleichberechtigung beider Staaten in einem anderen Licht: „Jede der zukünftigen Expeditionen hat die Aufgabe, die Kenntnis deutscher Wissenschaft nach Russland und Asien weiter zu tragen. Sie sollen der Erschliessung dieses Erdteils für deutsche Arbeit dienen, sie sollen unseren Wissenschaftlern ständig neuen Stoff zuführen. Den Wert deutscher Qualitätsarbeit sollen sie dem erwachenden Osten in sichtbarer und wirksamer Form zeigen. Eine Aufgabe für Jahrzehnte, deren planmässige Verfolgung sich Deutschland besonders angelegen sein soll“.<sup>13</sup>

Dieses Beispiel wissenschaftlichen und kulturellen Austausches nahm jedoch ein jähes Ende. Am 23. Februar 1932 musste Zeiss ins Deutsche Reich zurückkehren. Als Grund nannte er in einem späteren Brief an Sven Hedin aus dem Jahr 1937, dass man ihn „in der niederträchtigsten Weise der militärischen Spionage beschuldigt“ habe.<sup>14</sup> Beim Volkskommissar für das Gesundheitswesen hatte 1930 der Verdacht bestanden, Zeiss habe Ergebnisse bakteriologischer Forschungen an Dritte weitergegeben.<sup>15</sup> Diesen Vorwurf dementierte Zeiss in zahlreichen Briefen an den Deutschen Botschafter in Moskau.

Im Dezember 1930 endete sein Arbeitsvertrag mit dem russischen Staat. Das Misstrauen gegenüber Zeiss war bis dahin schon derart angewachsen, dass an eine Neueinstellung in einem anderen Forschungsinstitut nicht mehr gedacht wurde und Zeiss selbst sah ein, dass man „an meine Anstellung in einem neuen Institut gar nicht mehr dachte“. Er stellte selbst fest, dass es „falsch gewesen [wäre], (...) auf einer Anstellung zu beharren“, da seine „Stellung zur Botschaft“ und seine „Eigenschaft als russischer Staatsangestellter (...) auf die Dauer zu Missverständnissen“ hätten führen müssen.<sup>16</sup> Mit der Ernennung Zeiss' zum wissenschaftlichen Korrespondenten in der Sowjetunion für die Münchner Medizinische Wochenschrift hatte er seine formale Stellung in Russland geregelt. „Denn nun ist es mir möglich“, so Zeiss, „mich ungehindert durch irgendwelchen Dienst, mit den *sozialen Fragen* eingehend zu beschäftigen, die in gleicher Weise die Reichsbehörden wie die deutsche Ärzteschaft interessieren. Zugleich ist dem Angriff der Russen auf die bürgerliche medizinische Fachpresse ein Riegel vorgeschoben. Meine objektive Berichterstattung über sowjet-russische medizinische Einrichtungen ist den Russen bekannt. Sie kann ihnen daher nur Recht sein. Der Zugang zum russischen Material mit Hilfe der mir von der Pres-

<sup>12</sup> „Medizinische Bestrebungen in der Sowjetunion. Deutsch-russische Forschungsreisen“, in: *Deutsche Allgemeine Zeitung* 10.8.1929.

<sup>13</sup> Zeiss an Notgemeinschaft deutscher Wissenschaft o. D. (vermutlich Ende der 1920er Jahre). Archiv des Auswärtigen Amtes. R 66091a, Bl. 112 (sprachliche Ungenauigkeiten im Original).

<sup>14</sup> Zeiss an Sven Hedin 6.9.1939. AHUB Hygienisches Institut II, 196.

<sup>15</sup> Gedächtnisprotokoll Zeiss' eines Gesprächs mit dem Volkskommissar für das Gesundheitswesen 27.9.1930. AHUB Nachlass Zeiss Fasc.1, Bl. 28-33.

<sup>16</sup> Zeiss an die deutsche Botschaft Moskau 20.8.1931. Bundesarchiv Berlin (BArch) R 73/223 Bl. 77.

seabteilung des Aussenkommissariats ausgestellten Pressekarte ist ohne Grenzen. (...) Wenn die Russen im Stillen dachten mir mit einer Nichteinstellung in einem ihrer Institute zu schaden um mich gewissermassen von der Pflege der kulturellen Beziehungen auszuschalten, so haben sie sich stark getäuscht. Viele Beispiele zeigen, dass man zur Pflege dieser Beziehungen *nicht* im russischen Dienst sein muss, im Gegenteil, die einem durch diese Stellung aufgelegten Bindungen sind eben nur ein Hindernis.“<sup>17</sup>

1932 kehrte Zeiss nach Berlin zurück. Vorerst kam er bei Paul Diepgen im Institut für Geschichte der Medizin an der Universität Berlin unter, wo er sein in der Sowjetunion gesammeltes „geschichtliches Material (...) bearbeitet[e]“. Nach kurzer Zeit wurde er, mit Hilfe des Auswärtigen Amtes, das „im Hinblick auf die großen Dienste, die (...) Zeiss während seiner Tätigkeit im Ausland für das Deutschtum geleistet“ hatte, zum Regierungsrat und Mitglied des Reichsgesundheitsamtes ernannt.<sup>18</sup> Während seiner Tätigkeit in der Sowjetunion hatte sich Zeiss 1924 in Hamburg habilitiert, 1931 nach Berlin umhabilitiert und dort die „*Venia legendi*“ für Tropenmedizin und Tropenhygiene an der Medizinischen Fakultät der Friedrich-Wilhelms-Universität erhalten.

Noch während seines Aufenthaltes in Moskau trat Zeiss, der bis dahin Mitglied der DNVP gewesen war, in die NSDAP (1.12.1931) und den NS-Ärztebund (1.1.1932) ein. Gleich nach seiner Berufung auf den Lehrstuhl für Hygiene (Nachfolge Martin Hahn) an die Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin (1.11.1933) wurde er im Januar 1934 zum Vertrauensmann der Reichsleitung der NSDAP für die Medizinische Fakultät ernannt.<sup>19</sup> Mit seiner Berufung im November 1933 begann er mit einer Neustrukturierung des Unterrichts für Hygiene<sup>20</sup>, indem er „Fragen der allgemeinen Hygiene (...) auf das Notwendigste beschränkt[e]“ und „ganz unabhängig von den Vorlesungen“ seines Berliner Kollegen, des Rassenhygienikers Fritz Lenz, „Bevölkerungspolitik, Bevölkerungswissenschaften und Rassenhygiene“ zum Zentrum der akademischen Lehre seines Faches erhob. Hierdurch wollte er die Studentenschaft mit den „akuten bevölkerungspolitischen Maßnahmen der Reichsregierung und ihrer Ausführungsorgane (...) über Rassenhygiene, Familien- und Sippenforschung vertraut“ machen.<sup>21</sup> Darüber hinaus betrieb Zeiss aktiv die Entfernung von „jüdischen“ und/oder „marxistischen“ Herausgebern aus Fachzeitschriften. Exemplarisch kann hier auf die Entfernung des Arbeitsmediziners Ludwig Teleky, den er als einen „üblen Juden“ bezeichnete, und von Zeiss' Amtsvorgänger Martin Hahn, der ebenfalls rassistischer Verfolgung ausgesetzt war, aus dem Herausgeberkollektiv des Archivs für Gewerbepathologie verwiesen werden.<sup>22</sup>

<sup>17</sup> Zeiss an die deutsche Botschaft Moskau 20.8.1931. BAArch R 73/223 Bl. 78f. Hervorhebungen und sprachliche Ungenauigkeiten im Original.

<sup>18</sup> Auswärtiges Amt 31.5.1933. AHUB UK Personalia Z 12a, Bd.1, Bl. 117.

<sup>19</sup> Von 1920-1928 war Zeiss Mitglied der DNVP. Ab 14.1.1934 war er Vertrauensmann der Reichsleitung der NSDAP für die Medizinische Fakultät der Universität Berlin. Heinz Zeiss 26.1.1936. AHUB UK Personalia Z 12a, Bd. 1, Bl. 57, 127.

<sup>20</sup> Vgl. Vorlesungsverzeichnis der Friedrich-Wilhelms-Universität Sommersemester 1934.

<sup>21</sup> Zeiss an die Reichszentrale für Gesundheitsführung 6.2.1934, AHUB Hygienisches Institut, 203.

<sup>22</sup> Brief Zeiss an Kurt Klare, Beauftragter für die gesamte deutsche medizinische Fachpresse vom 19.4.1934. AHUB Hygienisches Institut II, 203.

Während des Nationalsozialismus wurde Zeiss zunehmend in den politischen und militärischen Machtapparat eingebunden. So gehörte er dem Sachverständigenbeirat für Bevölkerungs- und Rassenpolitik im Reichsministerium des Innern, dem Rat der Deutschen Gesellschaft für das Studium Osteuropas und dem Kulturrat des Deutschen Auslandsinstituts an.<sup>23</sup> Im Rahmen der Militärmedizin war er Mitglied des wissenschaftlichen Senats für das Heeres-Sanitätswesen, der Militärmedizinischen Akademie, arbeitete spätestens seit 1939 mit dem Hygienischen Institut der Waffen-SS zusammen und war beratender Hygieniker während der „Feldzüge“ in Polen, Frankreich und Griechenland.

## 2. Zeiss und das Auslandsdeutschtum

Zeiss verstand sich als Vertreter auslandsdeutscher Interessen. So gehörte er bereits während der Weimarer Republik dem Deutschen Auslands-Institut (DAI) an und war darüber hinaus während des Nationalsozialismus Mitglied im Volksbund für das Deutschtum im Ausland (VDA).<sup>24</sup> Als „Auslandsdeutsche“ wurden Personen bezeichnet, die ungeachtet ihrer Staatsbürgerschaft einem imaginären „Deutschtum“ zugerechnet wurden. Als „Deutschtum“ bezeichnete man in diesem Zusammenhang „das deutsche Volk mit seinen völkischen Eigenarten, die sich neben der gemeinsamen Sprache durch das Zusammenwirken physischer und geistiger, geogr[aphischer] und geschichtl[icher] Ursachen herausgebildet haben; es schließt alle Angehörigen deutscher Zunge ein, die innerhalb des Deutschen Reichs und seiner Nachbarstaaten leben sowie über die ganze Erde verbreitet sind.“<sup>25</sup>

Noch während des Ersten Weltkrieges waren zahlreiche Verbände entstanden, die den Verlust traditioneller wirtschaftlicher Märkte befürchteten sowie die Gefahr des Abbruchs der kulturellen und ideologischen Identität der im Ausland lebenden Deutschen proklamierten. Der verlorene Erste Weltkrieg und die Friedensverträge von Versailles, die eine Abtretung deutscher Gebiete beinhalteten, waren von einem Großteil der Bevölkerung, ungeachtet ihrer politischen Zugehörigkeit, als „Schande“ für das deutsche Volk empfunden worden. So schrieb der Politologe, Theoretiker der Auslandsdeutschen Bewegung und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Deutschen Auslands-Instituts<sup>26</sup>, Max Hildebert Boehm: „Die Versuche der Nachkriegszeit, im Kampfe gegen die Ordnung von Versailles und Saint Germain das deutsche Volk vor einer Verengung seines politischen Selbstverständnisses, vor seiner seelischen Schrumpfung auf den Volksbestand des Restreiches von 1919 hin zu bewahren, können als gesamtdeutsche oder volksdeutsche Bewegung des Zwischenreiches von Weimar zusammengefasst werden. In diesem wesentlich außenpolitisch zu verstehenden Kampfe wurden neben dem Volke als Staatsnation und neben dem Volke als einem Zielbild volkhafter Neuordnung die Idee des ‚eigenständigen Vol-

<sup>23</sup> AHUB UK Personalia Z 12a, Bd. 2, Bl. 1. Sachverständigenbeirat für Bevölkerungs- und Rassenpolitik BArch R 1501/126228/1.

<sup>24</sup> Lebenslauf Zeiss o. D. BArch NL 1336/346.

<sup>25</sup> „Deutschtum“, in: *Brockhaus. Handbuch des Wissens*. Erster Band, Leipzig 1925, 548.

<sup>26</sup> Bekannt gemacht in: *Der Auslandsdeutsche 15/1932*, 296.

kes' (...) sichtbar".<sup>27</sup> Den „grenz- und auslandsdeutschen“ Verbänden war gemein, dass sie die im Versailler Vertrag festgelegten Grenzen des Deutschen Reiches nicht akzeptieren wollten und der als ‚kommunistisch‘ denunzierten Weimarer Regierung jegliche Unterstützung verweigerten. Sie wollten noch immer eine Neuordnung Europas zu ihren Gunsten, denn, so der Leiter des Instituts für Grenz- und Auslandsstudien Karl Christian v. Loesch, „im Laufe der letzten Jahre war es immer deutlicher geworden, daß es nicht möglich ist, den großdeutschen Staat zu errichten und für die auslandsdeutschen Gruppen erträgliche Verhältnisse zu schaffen, ohne daß gleichzeitig die gesamten Verhältnisse Europas neu geregelt werden. Das Kerngebiet einer solchen europäischen Neuordnung ist der Völkermischgürtel zwischen dem Ostrand des deutschen Siedlungsgebietes und dem Westrand des russischen.“<sup>28</sup> Folglich war das übergeordnete Ziel, auf ein großdeutsches Reich hinzuarbeiten.

Den Schwerpunkt ihrer politischen Arbeit setzte die Bewegung in der Ostpolitik. Nach dem Vertrag von Locarno 1925 wurden „aggressiver“ und „offener“ die Rückeroberung der ehemals reichsdeutschen Gebiete und die Neugestaltung des gesamten ostmitteleuropäischen Raumes gefordert. So wurden auf der 1927 veranstalteten „Osttagung“ des Deutschen Schutzbundes für das Grenz- und Auslandsdeutschtum „Grundsätze für die künftige Ostarbeit“ aufgestellt, in denen es hieß: „Ostgerichtete Europapolitik muß das Rückgrat gesamtdeutschen politischen Strebens sein, der Bindung der Gegensätze im Westen, Handlungsfreiheit im Osten und Südosten Europas entsprechen. Die gesamtdeutschen Interessen können Befriedigung (...) finden, (...) unter gleichzeitiger Berichtigung falschgezogener Grenzen. Oberstes Ziel: der deutsche Staat, der alles geschlossene deutsche Siedlungsgebiet umfaßt, insbesondere das ostdeutsche (...).“<sup>29</sup> Hier ging es um die Durchsetzung von Volksgrenzen als Staatsgrenzen und um ein nach Volksgrenzen aufgeteiltes Europa, dessen Mittelpunkt das deutsche Volk sein sollte.

Zeiss war während seines Aufenthaltes in Russland nicht nur, wie er selbst angab, „korrespondierendes Mitglied des wissenschaftlichen Beirats“ des DAI, sondern nahm auch an dessen jährlichen in Stuttgart stattfindenden Sitzungen teil.<sup>30</sup> Bei seinen Besuchen im Deutschen Reich hielt er Vorträge über Russland und publizierte im Mitteilungsblatt des DAI „Der Auslandsdeutsche“ über in Russland lebende Personen ehemals deutscher Herkunft und deren besondere Bedeutung für das russische Volk.<sup>31</sup>

<sup>27</sup> Max Hildebert Boehm, *Volkstheorie und Volkstumspolitik der Gegenwart*, Berlin 1935, 32.

<sup>28</sup> Ebd., 36f.

<sup>29</sup> Dorothea Fensch, „Deutscher Schutzbund (DSB) 1919-1936“, in: *Lexikon zur Parteiengeschichte*, Bd. 2, Leipzig 1984, 290-310; 302, 303. Karl Christian v. Loesch hatte es so formuliert: „Wir haben nicht die Wahl: stehen bleiben oder mehrten, sondern nur: verlieren oder gewinnen. Oder an der Sache ausgedrückt: Ostdeutschland slawisch werden zu lassen oder das 1919 Verlorene einmal wieder rückdeutschen zu können“. Karl C. v. Loesch, „Die Ziele“, in: Karl Christian v. Loesch und Hillen Ziegfeld (Hg.), *Volk unter Völkern*, Breslau 1925, 20.

<sup>30</sup> Wissenschaftlicher Lebenslauf Heinz Zeiss o. D. BArch NL 1336/346.

<sup>31</sup> Heinz Zeiss, „Eine Nachkommin Immanuel Kants in Rußland“, in: *Der Auslandsdeutsche 11/1928*, 454f. Ders., „Professor Emil Meyer. 35 Jahre als deutscher Botaniker in Rußland“, in: *Der Auslandsdeutsche 11/1928*, 549f. „Meyer ist jenes Vorbild des Auslandsdeutschen (er mußte zur Zarenzeit die russische Staatsangehörigkeit wegen seiner Anstellung im Staatsdienst aufnehmen), der in vorbildlicher Treue und Hingabe seinem Vaterland musterhaft dient, ohne die Stammheimat zu vergessen. Im Gegenteil, mit allen Fäden seines Herzens hängt er an Deutschland und pflegt die persönlichen und wissenschaftlichen Beziehungen“, in: ebd., 550. Ders., „Dr. Hans Karstens †

Darüber hinaus vermachte er nach seiner Rückübersiedelung ins Deutsche Reich 1932 sein gesammeltes Material über das „Rußland-Deutschtum“ dem Archiv des Deutschen Auslands-Instituts.<sup>32</sup> Seine kulturelle Tätigkeit bezog sich auf zwei Bereiche: a) Herstellung der Identifikation mit dem „Deutschtum“ über medizinhistorische Arbeiten und b) Beschaffung von Informationen über die Lebens- und Arbeitssituation von so bezeichneten Russland-Deutschen, hier insbesondere von Ärzten und Wissenschaftlern. Das DAI war 1917 als „Museum und Institut zur Kunde des Auslandsdeutschums und zur Förderung deutscher Interessen im Ausland“ gegründet worden.<sup>33</sup> Es war bestrebt, die Verbindung zu den im Ausland lebenden Personen ehemals deutscher Herkunft zu erhalten und alle Lebensäußerungen des „Deutschtums im Ausland“ zu erfassen. So arbeitete das DAI u. a. am Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschums mit oder vermittelte Stellen im Ausland und verstand sich als Vermittlungsplattform deutscher Wirtschaftsinteressen.<sup>34</sup> Es beabsichtigte als „zentrale Verbindungsstelle für alle die Fragen zu fungieren, die die praktischen Beziehungen von Kern-Staat und Außen-Volksdeutschum betrafen und nicht auf diplomatischem Wege zu regeln waren“.<sup>35</sup> Das Deutsche Auslands-Institut hatte ein „Netz von Korrespondenten“ gespannt, mit dem „möglichst jeder Knotenpunkt deutschstämmiger Ansiedlung“ erfasst werden sollte und wurde so gleichzeitig über den „Zustand jeder einzelnen Volksgruppe aus unmittelbarer Anschauung rasch und differenziert unterrichtet“.<sup>36</sup> Die bei der Erfassungstätigkeit gesammelten Daten wurden aber auch als Material für Forschungen zur Verfügung gestellt. So schrieb Georg Leibbrandt, der ebenfalls über das Deutschum in Russland forschte und der während des Nationalsozialismus Ministerialdirektor im Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete und Teilnehmer der Wannsee-Konferenz im Januar 1942 war: „Volksbewußtsein und Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen in aller Welt stellt auch die Wissenschaft vor neue Aufgaben“.<sup>37</sup> Die Nutzung der Auswanderungs-

Vom Leben und Sterben eines deutschen Arztes in Rußland“, in: *Der Auslandsdeutsche* 11/1928, 663f.

<sup>32</sup> Zeiss an den Verband der Deutschen aus Rußland e.V. 25.11.1937. AHUB Hygienisches Institut II, 203, Bl. 332.

<sup>33</sup> Ernst Ritter, *Das Deutsche Auslands-Institut in Stuttgart 1917-1945. Ein Beispiel deutscher Volks-tumsarbeit zwischen den Weltkriegen*, Wiesbaden 1976, 33.

<sup>34</sup> „Jahresbericht über die Tätigkeit des Deutschen Auslands-Instituts im Jahre 1929/30“, in: *Der Auslandsdeutsche* 13/1930, 416. Zum Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschums vgl. Willi Oberkrome, „Geschichte, Volk und Theorie. Das Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschums“. in: Peter Schöttler (Hg.), *Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft 1918-1945*, Frankfurt a.M. 1997, 104-122.

<sup>35</sup> Ritter, *Das Deutsche Auslands-Institut*, 52.

<sup>36</sup> Ebd., 39.

<sup>37</sup> Leibbrandt hatte bereits in der Weimarer Republik mit Forschungen zur Geschichte der so genannten Russland-Deutschen begonnen und Materialien zusammengetragen, die 1938 in die „Sammlung Leibbrandt“ eingingen. Vgl. Gabriele Camphausen, *Die wissenschaftliche historische Rußlandforschung im Dritten Reich 1933-1945*, Frankfurt a.M./Bern/New York/Paris 1990, 218-224. Mechtild Rössler, „Wissenschaft und Lebensraum“. *Geographische Ostforschung im Nationalsozialismus. Ein Beitrag zur Disziplinengeschichte der Geographie* (Hamburger Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte, im Auftrag der Universität Hamburg, Bd. 8), Berlin, Hamburg 1990, 271.

akten für die Familienforschung und die Erfassung aller Auslandsdeutschen war eines der bedeutendsten Projekte des DAI.<sup>38</sup>

Nach seiner Rückkehr nach Deutschland 1932 engagierte sich Zeiss weiterhin für das „Auslandsdeutschtum“. In Anknüpfung an die Vorarbeiten des Deutschen Schutzbundes und der Arbeitsgemeinschaft für Volksgesundheit in der Weimarer Republik<sup>39</sup> war 1934 im Rahmen des VDA der Bevölkerungswissenschaftliche Arbeitskreis ins Leben gerufen worden, der mit den für die Grenz- und Auslandsdeutschen zuständigen Reichsbehörden, mit dem Reichsausschuß für Volksgesundheitsdienst und dem Rassenpolitischen Amt der NSDAP zusammenarbeiten wollte.<sup>40</sup> Diesem Arbeitskreis gehörte Zeiss an.<sup>41</sup> Während des Nationalsozialismus hatte sich der VDA zum Kristallisationspunkt der „auslandsdeutschen“ Bewegung entwickelt. Seine Aufgabe sah er in der Betreuung von wissenschaftlichen und künstlerischen Einrichtungen, Büchereien, Schulen und Kindergärten.<sup>42</sup> Innerhalb der Volkstumsverbände war auf eine Zentralisierung gedrängt worden, um die Politik mit der neuen Reichsregierung besser in Übereinstimmung zu bringen. In der nationalsozialistischen deutschen Außenpolitik waren die „Wiederherstellung des nationalen Selbstbehauptungswillens und der Wehrfähigkeit“ zu den „wichtigsten Grundlagen für die Erhaltung des deutschen Volkstums und des deutschen Ostens“ erklärt worden.<sup>43</sup> Der VDA nahm hier eine Vorrangstellung ein.<sup>44</sup> Während des NS übernahm er als privater Verein die Rolle eines Agenten, indem er als nicht staatliche Organisation für den Staat auf Feldern operierte, die diesem öffentlich nicht zugänglich waren. Für die Durchsetzung der Volkstumspolitik im Ausland war der VDA von großer Bedeutung.<sup>45</sup> Er trug zwischen den Kriegen im Wesentlichen den Teil der Außenpolitik des nationalsozialistischen Staates, durch den die so genannten „Deutschstämmigen“ in den Dienst nationalsozialistischer Interessen genommen werden sollten. Der VDA arbeitete öffentlich propagandistisch. 1937 wurde die Leitung des VDA der Volksdeutschen Mittelstelle unterstellt und der Geopolitiker Karl Haushofer, Freund und wissenschaftliche Leitfi-

<sup>38</sup> Georg Leibbrandt, „Neue Wege zur Erforschung des Auslandsdeutschtums“, in: *Der Auslandsdeutsche* 13/1930, 557f. Thomas Trupp, „Genealogische Überlieferungen des ehemaligen Deutschen Auslands-Instituts im Institut für Auslandsbeziehungen (Stuttgart) und im Bundesarchiv (Koblenz)“, in: *Der Herold* 13/1990; 4, 120-128.

<sup>39</sup> Sabine Schleiermacher, *Sozialethik im Spannungsfeld von Sozial- und Rassenhygiene. Der Mediziner Hans Harmsen im Centralausschuß für die Innere Mission*, Husum 1998, 84-136.

<sup>40</sup> „Für die Gebiete unserer deutschen Volksgruppen jenseits der Grenzen werden diese Fragen [Bevölkerungs- und Rassenfrage, Verf.] künftig in organischer Fortführung und enger Fühlungnahme mit dem VDA durch den Bevölkerungswissenschaftlichen Arbeitskreis in Zusammenarbeit mit allen in Frage kommenden deutschen Stellen durchgeführt“. Denkschrift für die Mitarbeiter des Bevölkerungswissenschaftlichen Arbeitskreises, verfasst von Hans Harmsen, o. D. (nach 1933), 3. BArch NL 1336/132.

<sup>41</sup> 1934 wurde der „Ariernachweis“ als Voraussetzung für eine Mitgliedschaft eingeführt. Michael Fahlbusch, *Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik? Die „Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften“ von 1931–1945*, Baden-Baden 1999, 112.

<sup>42</sup> Kurt Possekel, *Studien zur Politik des Vereins für das Deutschtum im Ausland (VDA) in der Weimarer Republik*, Diss. Rostock 1967. Ders., „Verein für das Deutschtum im Ausland (VDA) 1881-1945“, in: *Lexikon zur Parteiengeschichte*. Bd. 4, Leipzig 1986, 282-297.

<sup>43</sup> Hans-Adolf Jacobsen, *Nationalpolitische Außenpolitik, 1933-1938*, Frankfurt a. M. 1968, 169.

<sup>44</sup> Ebd., 173.

<sup>45</sup> Fahlbusch, *Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik?*, 106.

gur von Zeiss, wurde sein Präsident.<sup>46</sup> Entsprechend der rassen- und bevölkerungspolitischen Schwerpunktsetzung im Gesundheitswesen hatte sich der Bevölkerungspolitische Arbeitskreis des VDA, dem Zeiss angehörte, mit „bevölkerungspolitischen Maßnahmen“ und „mit dem Gesundheitswesen der volksdeutschen Siedlungen des Auslandes befasst“, wobei er „absichtlich nach aussen hin gar nicht in Erscheinung“ treten wollte.<sup>47</sup> Die Arbeit stand unter dem Motto: „Mitteleuropa, nicht das Reich allein ist der deutsche Raum.“ Unter dem nationalsozialistischen Regime schienen nun jene Voraussetzungen zu herrschen, unter denen an die Realisierung der in der Weimarer Republik formulierten Mitteleuropa-Vorstellungen gedacht werden konnte.<sup>48</sup> Der interdisziplinär ausgerichtete Arbeitskreis wollte im In- und Ausland „Vertrauensleute“ hinzuziehen, die sich auf die Bereiche der Gesundheits- und Bevölkerungspolitik sowie Statistik spezialisiert hatten. Die Mitglieder des Arbeitskreises wollten durch statistische Erfassung der Lebens- und Gesundheitsdaten und das Studium der Lebensgewohnheiten der Bevölkerung ehemals deutscher Herkunft sowie durch ihre Beratung und verbesserte gesundheitliche Versorgung die Bevölkerungsentwicklung in den „auslandsdeutschen“ Gebieten steuern, um auf diesem Wege die politische Einflussnahme in Gebieten östlich der Reichsgrenzen aufrechtzuerhalten. Mit seinen Erhebungen leistete der Arbeitskreis des VDA Vorarbeiten, die später im Zusammenhang mit dem Überfall auf Polen und der Umsetzung des „Generalplans Ost“ sowie einer damit verbundenen rationalen Fundierung der Umsiedlungspraxis von Bedeutung wurden.<sup>49</sup>

Das aus diesen Überlegungen abgeleitete Arbeitsprogramm des Bevölkerungspolitischen Ausschusses des VDA beinhaltete für 1934 bis 1937 folgende Schwerpunkte:

- 1) Durchführung von „volksbiologischen Erhebungen“ in den auslandsdeutschen Gebieten, hierfür Erarbeitung von Anleitungen und Durchführung von Schulungskursen für die Mitarbeiter der „bevölkerungswissenschaftlichen Stellen“;
- 2) Versuch der Einflussnahme bei der Besetzung eines „deutschen Rasseamtes in Siebenbürgen“;
- 3) Verteilung von Spendengeldern zur besseren medizinischen und pharmazeutischen Versorgung der deutschen Bevölkerung<sup>50</sup>;
- 4) Erarbeitung einer Denkschrift zur „Eheanbahnung und Ehevermittlung“ zum Zwecke der „Blutauffrischung“<sup>51</sup> „in einzelnen abgeschlossenen völkischen Siedlungsgebieten“ Ost- und Südeuropas<sup>52</sup>, da die „Inzucht“ und damit der Verlust der „biologischen Gesundheit“ und des Kinderreichtums als „Voraussetzung der völkischen Art u. Bestandserhaltung“<sup>53</sup> befürchtet wurde;

<sup>46</sup> Fahlbusch, *Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik?*, 106.

<sup>47</sup> Zeiss an das Deutsche-Auslands-Institut 23.1.1935. AHUB Hygienisches Institut, Nr. 262, Bl. 287.

<sup>48</sup> Zitiert nach Dorothea Fensch, „Deutscher Schutzbund“, 305.

<sup>49</sup> Vgl. Rössler, *Wissenschaft und Lebensraum* sowie Mechthild Rössler/Sabine Schleiermacher (Hg.), *Der „Generalplan Ost“*. Hauptlinien der nationalsozialistischen Planungs- und Vernichtungspolitik, Berlin 1993.

<sup>50</sup> Verhandlungsniederschrift über die 3. Sitzung des Bevölkerungswissenschaftlichen Arbeitskreises am Dienstag, den 25. Juni 1935. BAArch NL 1336/132.

<sup>51</sup> Verhandlungsniederschrift über die 4. Sitzung des Bevölkerungswissenschaftlichen Arbeitskreises am 1.11.1935. AHUB Hygienisches Institut, Nr. 262, Bl. 280.

<sup>52</sup> Ebd.

<sup>53</sup> Hans Harmsen, „Familie“, in: Carl Petersen/Otto Scheel/Paul H. Ruth/Hans Schwalm (Hg.), *Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums*, Bd. II, Breslau 1936, 482–489, hier 486.

- 5) „Dorfforschung in den deutschen Siedlungsgebieten“, worunter man die Erfassung der Bevölkerung unter „hygienischen“, „rassehygienischen“, „ärztlichen“ und „gesundheitlichen“ Gesichtspunkten verstand. Aber auch soziologische, agrarsoziologische und politische Gesichtspunkte wurden genannt. Darüber hinaus maß man der Dorfforschung im „Rahmen der Landesplanung“ für die Zukunft Bedeutung zu.

### 3. Wissenschaft und Politik: Geomedizin, Geopolitik und Bevölkerungswissenschaft

Die Theorie der Geomedizin lieferte wissenschaftliche Legitimierungshilfe für den Herrschafts- und Machtanspruch mit allen bekannten Implikationen nationalsozialistischer Herrschaft in Osteuropa. Der Begriff Geomedizin wurde 1931 von Zeiss in bewusster Anlehnung an die von Karl Haushofer entwickelte Geopolitik in die medizinische Literatur eingeführt.<sup>54</sup> An Bedeutung gewann er jedoch erst während des Nationalsozialismus und hier besonders in Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg und dessen wissenschaftlicher Vorbereitung. Schwerpunkt der von Zeiss formulierten Geomedizin waren Bevölkerungswissenschaft und -politik. Seine Definition lautete:

„Als geographische Medizin oder Geomedizin wird derjenige Zweig der Medizin verstanden, der durch geographische und kartographische Behandlungsweise medizinische Forschungsergebnisse zu veranschaulichen und zu erklären sucht.“<sup>55</sup> Der Forschungsansatz der Geomedizin war interdisziplinär. Mediziner, Biologen, Geographen und Meteorologen sollten „die Zusammenhänge zwischen Wetter, Boden, Klima und dem Auftreten akuter Infektionskrankheiten bei Menschen, Tier und Pflanze“ erklären helfen. Medizinisch-geographische Forschungen sollten um geschichtliche Untersuchungen erweitert werden. Das Konzept der Geomedizin beschränkte sich nicht auf die Beschreibung der Entstehung von Krankheit innerhalb eines geographischen Raumes, sondern forderte auch zum politischen Handeln heraus: „Während die Geopolitik dem Staatsmann die Waffen zur gegenwärtigen und zukünftigen Sicherung des Staates in die Hand drückt, wird die Geomedizin den Aerzten (und unter diesen wieder den Aerzten im Staatsdienst und den Hygienikern), die über die Volksgesundheit zu wachen haben, die Möglichkeit geben, die Staatslenker auf augenblickliche und noch drohende gesundheitliche Gefahren aufmerksam zu machen, deren Bekämpfung wiederum ein staatspolitisches Mittel von innen- und außenpolitischer Bedeutung ist.“ In seinen Ausführungen grenzte sich Zeiss stark von

<sup>54</sup> Zeiss äußerte sich zu seinem Verhältnis zu Haushofer folgendermaßen: „Ihm [Haushofer, Verf.], der aus den Forschungen des Geographen Friedrich Ratzel und des schwedischen Staatsrechtlers Rudolf Kjellens das ragende Gebäude der Geopolitik, wie sie sich heute darbietet, aus Anthropogeographie, politischer Geographie und Lehre vom Staat als Lebewesen in glänzender Synthese errichtete, verdanke ich im Grunde den Fund der Geomedizin! Nicht, daß ich Haushofer zu Füßen gesessen hätte: Aus der zwingenden Wahrheit seiner Lehre, die er zu einem scharfen wissenschaftlichen Degen schliß, sprang in der seuchenreichen Landschaft zwischen Wolga und Ural der Begriff der Geomedizin ins Helle. Er mußte – ebenso wie die Geopolitik – in wörtlicher Bedeutung ‚erwandert‘ und ‚erfahren‘ werden“. Heinz Zeiss, „Die Geomedizin des Ostraumes“, in: *Deutsches Ärzteblatt* 73/1943, 140-142; hier 140.

<sup>55</sup> Im Folgenden beziehe ich mich auf Heinz Zeiss, „Geomedizin (geographische Medizin) oder Medizinische Geographie?“, in: *Münchener Medizinische Wochenschrift* 78/1931, 198-201.

der sich in der Weimarer Republik etablierenden Sozialhygiene ab. Er kritisierte diese moderne, interdisziplinäre medizinische Disziplin, in der nach den gesellschaftlichen Bedingungen bei der Entstehung von Krankheit gefragt und auch politische Konsequenzen zur Erhaltung von Gesundheit gefordert wurden. Er ordnete sie kommunistischer und sozialistischer Programmatik zu, da nach seinem Geschmack die Bedürfnisse des Individuums zu sehr im Mittelpunkt medizinischen Handelns standen, während die des Staates und der Volksgemeinschaft in den Hintergrund gerieten.

Zeiss war republikfeindlich, kulturpessimistisch und seine medizinischen Ausführungen von antimodernen Ressentiments geprägt. Seine damals gängigen Schemata folgende Zivilisationskritik bezog sich auf die moderne Industriegesellschaft, die sich durch Rationalisierung, Technisierung sowie entwickelte Verwaltungs- und Dienstleistungsapparate auszeichnete. Naturwissenschaft und Technik verbunden mit der „Wirtschaftsform des Kapitalismus“ sowie die republikanische Staatsform hätten den Menschen nicht nur gewandelt, sondern auch seiner Identifikation mit dem „heimatlichen Boden“ beraubt. Dem modernistischen, metropolitanen Menschen setzte er den Blut und Boden verbundenen Bauern gegenüber. „In immer rasenderer Umdrehung wirbelte die Technik den Menschen über die Lande. Er brauchte gar nicht mehr den heimatlichen Boden, denn die Elektrizität vollendete seine Bequemlichkeit und damit seine Wurzellosigkeit. Durch die Elektrizität wurde der Mensch ‚überall zu Hause‘. Sie brachte die Stadt auf das Land, sie scheint die endgültige Wurzellosigkeit des Menschen in den ersten drei Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts zu besiegeln.“<sup>56</sup> Für Zeiss hatte die Sozialhygiene diesen Prozess unterstützend begleitet, indem sie auf die Verhinderung bzw. Vorbeugung der mit der Industrialisierung und Technisierung verbundenen Krankheiten abzielte. Indem sie sich zu sehr auf Schutzmaßnahmen für den Industriearbeiter und Städter konzentriert habe, seien das „bodenverwachsene Volkstum“ außer Acht gelassen und die bereits bei Johann Peter Frank formulierten Prinzipien von Sozialhygiene, in denen für ihn implizit „Schutzmaßnahmen für die Gesunderhaltung des Bauern gefordert waren“, aufgegeben worden.<sup>57</sup> „Geomedizinisch war ihre [der Sozialhygiene, Verf.] Grundlage die Stadtlandschaft des Maschinenzeitalters, und nicht der deutsche Kultur- und Volksboden außerhalb jener Landschaft, d. h. das deutsche Dorf als Urzelle deutscher Einheit.“<sup>58</sup> „Kapitalismus und Marxismus, beide (...) Ausdruck wurzelloser Verstädterung“, hätten die „deutsche Sozialhygiene erwürgt“.<sup>59</sup> Auf den „großen Umbruch unserer Zeit“ wartend, führte er 1932 aus: „Die Sorge des zukünftigen Volkstumsstaates wird aus dem bisherigen Pöppeln und Bevormunden zu einer frischeren und freieren Verantwortungsfreudigkeit des Einzelnen für die eigene Gesundheit im Interesse seines Volkes führen als bisher (...) Allerdings völkisch-kollektivistisch, aber voll individueller Verantwortlichkeit für das eigene Volkstum ohne Klassenkampfpapare, ohne geknechteten Angestellten, sei er nun Arzt oder Kranker.“<sup>60</sup>

<sup>56</sup> Heinz Zeiss, „Entwurzelung und Wurzellosigkeit“, in: *Zeitschrift für Geopolitik* 10/1933, 310-319; hier 315.

<sup>57</sup> Ebd., 316.

<sup>58</sup> Heinz Zeiss, „Die Notwendigkeit einer deutschen Geomedizin“, in: *Zeitschrift für Geopolitik* 9/1932, 474-484; hier 478.

<sup>59</sup> Zeiss, „Entwurzelung und Wurzellosigkeit“, 316.

<sup>60</sup> Heinz Zeiss, „Die Notwendigkeit einer deutschen Geomedizin“, 478.

In dem von Zeiss formulierten „Volksgedanken“ wird ein spezifisch deutsches, antidemokratisches und antiwestliches Denken deutlich, wie es zu damaliger Zeit verbreitet war (Jünger, Spengler u. a.) und besonders von den Nationalsozialisten massiv propagiert wurde. Dieses Denken implizierte die Vorstellung, im biologisch verstandenen „Volk“ eine „Garantie der nationalen Einheit bei aller Verschiedenheit landschaftlicher und stammesmäßiger Segmente“ zu finden. Unter Aufnahme organisistischer Gesellschaftsvorstellungen und mit Verweis auf Geschichte und Tradition wurde im ‚Volk‘ „das Individuum seiner alle blutmäßigen Bindungen verleugnenden Partikularität entkleidet“. Im „geeinten Volke wird es wahrhaft frei“.<sup>61</sup>

Zeiss sah im Gesundheitswesen der Sowjetunion, das er während seines dortigen Aufenthaltes studiert hatte, eine völkisch ausgerichtete, national-soziale Sozialhygiene realisiert. Dort sei in enger Verbindung von wirtschaftlichen und politischen Zielsetzungen ein „körperlich“ und „geistig gesundes“ „Volkstum“ aufgebaut worden. „Mögen die Bolschewiki diese Strömungen ‚faschistisch‘ nennen, so werden die Klugen und Einsichtigen unter ihnen doch zugeben, daß die Sowjetunion mit gleichen oder ähnlichen Gedanken ihren Staat aufbaut und die soziale Hygiene des Volkstums, sei es nun der nationalen Mehrheiten oder Minderheiten bewußt pflegt oder noch pflegen wird. (...) Denn in Rußland gibt es bereits eine klassenlose Gesellschaft, es gibt eigentlich keinen ‚Klassenkampf‘ mehr innerhalb des Landes. Jedes noch so kleine Überbleibsel ist praktisch vollkommen bedeutungslos. Die freigewordenen Kräfte wenden sich immer mehr national- und sozialgebundenen politischen und wirtschaftlichen Zielen zu.“<sup>62</sup>

Das Konstrukt ‚Volkstum‘ war für Zeiss eng mit der Idee vom ‚Lebensraum‘ verknüpft. Die Geopolitik stellte die „wissenschaftliche Grundlage des ‚Lebensraum‘-Konzeptes“ dar. Sie entsprach den „Bedürfnissen des deutschen Imperialismus“ und war ideologischer Eckpfeiler des „expansionistischen Programms der Nationalsozialisten“, dessen wichtigster Vertreter Karl Haushofer war.<sup>63</sup> Sie war mit den Vorstellungen vom „Großdeutschen Reich“ verbunden.<sup>64</sup> Für die analog zur Geopolitik entwickelte Geomedizin trifft auch die 1942 von Franz Neumann formulierte Einschätzung zu: „Letzten Endes ist die Geopolitik nichts anderes als die Ideologie imperialistischer Expansion. Das Wenige, was in ihr an vernünftiger Geographie geblieben ist, (...) ist weder neu, noch spielt es in dem ganzen Gebäude eine besonders wichtige Rolle. Die Geopolitik ist zum überwiegenden Teil ein Mischmasch aus ethnischen, militärischen, ökonomischen, rassischen, demographischen, historischen und politischen Erwägungen. Sie bietet ein schönes Beispiel für die Perversion genuin wissenschaftlicher Überlegungen im Interesse des nationalsozialistischen Imperialismus.“<sup>65</sup>

Aus der Geopolitik hatte Zeiss den Aspekt der „Anthropogeographie“ in die Geomedizin übernommen: Lage (Größe, Form, Klima und Pflanzenwuchs eines Gebietes) und Raum, die in Bezug zum Menschen gesetzt wurden, waren die entwickelten Ka-

<sup>61</sup> Kurt Sontheimer, *Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik*, München<sup>3</sup> 1992, 244.

<sup>62</sup> Zeiss, „Die Notwendigkeit einer deutschen Geomedizin“, 479.

<sup>63</sup> Franz Neumann, *Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933-1944*, Frankfurt a.M. 1984, 176.

<sup>64</sup> Ebd., 170.

<sup>65</sup> Ebd., 187.

tegorien. Besondere Bedeutung kam dabei der Vorstellung von der „Entwurzelung“ des Menschen vom Boden, wie sie auch bei Zeiss zu finden war, zu. Die Einheit von Mensch und Erde als einer organischen Verbindung wurde als wissenschaftliche Wahrheit apostrophiert.<sup>66</sup>

Unter Aufnahme dieser Ideen und in Erweiterung medizinischer Inhalte begründete Zeiss die „Notwendigkeit einer deutschen Geomedizin“, die auf Osteuropa gerichtet war. So schrieb er: „Mehr denn je werden in der neuen Ostsiedlung neben geopolitischen auch geomedizinische Gedanken zu berücksichtigen sein. Denn die aus dem städtischen Proletariat zurückfliehenden, hoffentlich bald flutenden Bauernsöhne treten aus einer gewissermaßen städtischen Domestikation in eine Art von Urform zurück. Dem Landmann Ostpreußens sind andere Krankheiten eigen als dem Metallarbeiter Solingens (...) Daher werden sich die Siedler geistig und körperlich stark anpassen und umstellen müssen. Genau wie bei den versetzten Tieren und Pflanzen werden sich bei den versetzten Menschen neue Immunitätsverhältnisse bilden, besonders wetterharte Sorten herausgezüchtet werden.“<sup>67</sup> Im weiteren Textverlauf machte sich Zeiss die von dem Bevölkerungswissenschaftler Friedrich Burgdörfer formulierte Theorie des „Volkes ohne Jugend“, des Bevölkerungsschwundes zu eigen. Der Aufbau „neuer Siedlungen“ bedürfe „junger“, „gesunder“ Menschen. „Ein alterndes Volk“ verfüge über keine Widerstandskräfte und könne daher die aus dem „Osten hereinbrechenden gesundheitlichen Gefahren“ und „Seuchen“ nicht abwehren.<sup>68</sup>

Auf die Bedeutung der Verbindung von Geopolitik mit Medizin, Bevölkerungswissenschaft und Bevölkerungsstatistik wies auch die Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik in einer Denkschrift aus dem Jahr 1933 hin.<sup>69</sup> Ebenso legitimierten Aufsätze der „Zeitschrift für Geopolitik“ diesen Forschungsansatz, in dem „Wissenschaft“ und „Staatsbiologie“ eine Symbiose eingingen, und in denen der „Biopolitik“ als „naturwissenschaftlich bedingte Geschichtsforschung“, welche die „Entwicklung eines Volkskörpers und seines Lebensraums“ beschreibe, eine bedeutende Rolle zugeordnet wurde. Die Biopolitik erkenne demnach „die Möglichkeit der Rassenkreuzungen und überhaupt die Bedeutung der Rassenelemente an. Daraus folgt, daß sie untersuchen muß, aus welchen Wanderschichten und durch welche früheren Lebensräume der Charakter eines bestimmten Volkes bedingt und gestaltet worden ist. Sie muß deshalb die gesamten biologischen Voraussetzungen und Bedingungen eines Volkes darstellen. Gleichzeitig erfaßt sie die Tatsachen und Folgerungen, die sich aus der Beobachtung der Generationsfolge (...) ergeben, z. B. das An- und Abschwellen des Volkskörpers, seine sozialen Schichtungen in ihrer Wandlung, die Anfälligkeit gegen Krankheit usw. Und dabei muß ihre Untersuchung sowohl den Raum im weitesten Sinne wie das Volk in allen seinen Wandlungen einschließen.“<sup>70</sup>

Dementsprechend war auch die Frage nach der Entwicklung von Bevölkerungsgruppen innerhalb eines geographischen Raumes Inhalt der Geomedizin. Bevölke-

<sup>66</sup> Vgl. Friedrich Ratzel, *Anthropogeographie*, Stuttgart 21899.

<sup>67</sup> Zeiss, „Die Notwendigkeit einer deutschen Geomedizin“, 482.

<sup>68</sup> Ebd., 483.

<sup>69</sup> „Denkschrift: Geopolitik als nationale Staatswissenschaft“, in: *Zeitschrift für Geopolitik* 10/1933, 301-304.

<sup>70</sup> Louis von Kohl, „Biopolitik und Geopolitik als Grundlage einer Naturwissenschaft vom Staate“, in: *Zeitschrift für Geopolitik* 10/1933, 305-310; hier 308.